



Projektländer: Jordanien, Syrien, Libanon

Quartal / Jahr: III. Quartal 2010

1. Schlagzeilen:

1.1 Jordanien

- Vorbereitungen zu den vorgezogenen Parlamentswahlen gehen in die Schlussphase
- Bemühungen der Regierung zur Sanierung des Haushalts und zur Ankurbelung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes sind bisher nur begrenzt von Erfolg gekrönt
- Hohe Temperaturen führen zu Engpässen bei der Wasser- und Stromversorgung

1.2 Libanon

- Gerüchte, dass die libanesische Hisbollah in die Ermordung Rafik Hariris im Jahre 2005 verwickelt war, führen zu ernstzunehmenden Spannungen in der Regierung
- Iranischer Staatspräsident Mahmud Ahmadineschad auf Staatsbesuch im Libanon

1.3 Syrien

- Staatspräsident Bashar al-Assad stellt sich demonstrativ an die Seite Irans und erteilt damit Bemühungen der USA, Syrien zu einer größeren Distanz gegenüber dem Iran zu bewegen, eine deutliche Absage
- Türkei stellt für verschiedene Infrastruktur-, Wasser- und Gesundheitsprojekte in Syrien Darlehen und Zuschüsse in einer Höhe von bis zu 247 Millionen US-Dollar bereit

2.1 Jordanien:

Die Vorbereitungen zu den vorgezogenen Parlamentswahlen am 09. November 2010 sind im Berichtszeitraum in die letzte und entscheidende Phase getreten.

Sowohl die Regierung als auch der König sind seit Wochen bemüht, die rund 2,7 Millionen wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger des Landes (dies entspricht in etwa 45% der jordanischen Gesamtbevölkerung), darunter auch ca. 245.000 Erstwähler, für eine Teilnahme an den Wahlen zu gewinnen. König Abdullah II. bereist derzeit fast täglich eines der 12 Gouvernements des Landes, um dort vor einer jeweils großen Zahl von Menschen sowie Vertretern von Kommunen, Familien und Stämmen auf die Bedeutung der Wahlen hinzuweisen. Ob seine Appelle, sich möglichst zahlreich an den Wahlen zu beteiligen und seine Hinweise, dass die Wählerinnen und Wähler durch ihre Stimme bzw. durch die Wahl eines Abgeordneten ihres Vertrauens auf die künftigen politischen Beschlüsse im Parlament Einfluss nehmen können, Gehör finden, wird sich am Wahltag zeigen.

Im Rahmen einer Reihe von Veranstaltungen war die Regierung darüber hinaus bemüht, insbesondere junge Wählerinnen und Wähler anzusprechen. Ihr Appell, diese mögen bei ihrer Stimmabgabe nicht nach Stammes- und/oder Familienbindungen abstimmen, sondern stattdessen ihre Stimme dem Kandidaten geben, der für eine Politik des Fortschritts und des Wohlstands für alle Bürger steht, ist in mehrfacher Hinsicht hinterfragenswert. Als

Erstes fällt in diesem Zusammenhang auf, dass die Regierung die jungen Wählerinnen und Wähler zu einem Wahlverhalten aufruft, welches zu unterbinden sie mit ihrem neuen vorläufigen Wahlgesetz nicht nur nicht geschafft, sondern durch den Zuschnitt der Wahlbezirke und Wahldistrikte im Gegenteil sogar eher noch gefestigt zu haben scheint. Es gibt nicht wenige Stimmen, die sogar so weit gehen zu sagen, dass das neue Wahlgesetz die tribalen und familiären Bindungen sogar noch gestärkt hat obwohl dies, vor dem Hintergrund der in den zurückliegenden Monaten stark zugenommenen und teils sehr gewalttätigen Konflikte zwischen einzelnen Familien und Tribes, gerade hätte vermieden werden müssen. Eine Aufgabe bzw. ein Problem welches man selbst nicht in der Lage und/oder Willens war konsequent anzugehen nunmehr auf die Wählerinnen und Wählern zu übertragen, scheint dem Berichtersteller nicht nur nicht aufrichtig, sondern vor allem auch der falsche Weg zu sein. Wenn es der Regierung mit ihrem vorgenannten Aufruf ernst ist, und selbiges möchte der Berichtersteller bis auf weiteres nicht in Frage stellen, so stellt sich ferner die Frage, warum sie sich mit aller Vehemenz gegen die Einführung eines Verhältniswahlrechtes und/oder die Einführung einer Zweitstimme gestellt hat und stattdessen an dem 'one person - one vote' Prinzip festgehalten hat (über die diesbezüglich wahrscheinlichsten Gründe, die Gewährleistung politischer Stabilität und außenpolitischer Berechenbarkeit, hat der Berichtersteller in früheren Quartalsberichten geschrieben). Der Versuch einiger Regierungsmitglieder, die jungen Wählerinnen und Wähler, die den größten Anteil an den Wahlberechtigten in Jordanien ausmachen, für die Zusammensetzung des neuen Parlaments in die Pflicht zu nehmen ist einerseits als richtig und wichtig, sie im Vorgriff aber bereits für die Politik des neuen Parlaments verantwortlich machen zu wollen hingegen als falsch zu bezeichnen (zumal wenn die Regierung ihren Teil zur Lösung des Problems schuldig geblieben ist). Ein weiteres Manko ist, dass sich nicht nur die jungen sondern grundsätzlich alle Wählerinnen und Wähler schwer damit tun festzustellen, für welche Politik die einzelnen Kandidaten eigentlich stehen. Deren Aussagen haben statt politischer Ziele vielfach nur persönliche Versprechungen zum Inhalt, die unmittelbar nach der Wahl allerdings größtenteils schnell wieder vergessen sein dürften - bis zur nächsten Wahl. Soweit der erst wenige Tage alte Wahlkampf bisher beurteilt werden kann (weniger vom Berichtersteller selbst denn von nationalen und internationalen Beobachtern), spielen viele der Kandidaten wie eigentlich nicht anders zu erwarten war wieder ihren größten Trumpf, die Familien- und/oder Stammeszugehörigkeit, aus. Dem Berichtersteller sind Fälle bekannt in denen Familienangehörige einem ungeheueren Druck aus der Familie derart ausgesetzt sind, als dass sie gegen ihre eigene Überzeugung den Kandidaten der Familie wählen müssen. Es machen auch bereits wieder erste Gerüchte die Runde (Gerüchte deshalb, weil der Berichtersteller selbiges weder bestätigen noch verneinen kann), dass Stimmen gegen Geld gekauft werden. Last but not least ist die Auswahl zwischen verschiedenen Kandidaten lediglich in den größeren Städten so, dass man von echten Alternativen sprechen kann. Insbesondere in den ländlichen Regionen beschränkt sich die Zahl der Kandidaten vielfach nur auf eine Handvoll Personen, die sich dort zur Wahl stellen (nicht zuletzt auch deshalb, weil die administrativen und vor allem auch die finanziellen Anforderungen - siehe hierzu weiter unten - so beträchtlich sind, dass es sich sehr viele Bürger, selbst wenn sie denn wollten, schlichtweg nicht leisten können, sich zur Wahl zu stellen). Der Aufruf der Regierung zu einem Wahlverhalten wie eingangs geschrieben ist zwar unstrittig als richtig zu bezeichnen, doch es stellt sich schon die Frage, warum die Regierung dieses Anliegen mit ihrem neuen Wahlgesetz nicht unterstützt hat. Der bisherige Erfolg in vorgenannter Sache ist, soweit dies beurteilt werden kann, als durchwachsen zu bezeichnen. Während sich an einigen Schulen und Universitäten Jung- bzw. Erstwähler mit dem Ziel zusammengeschlossen haben, die Kandidatur ihnen nahe stehender Personen zu unterstützen (soweit bekannt, erfolgten diese Zusammenschlüsse überwiegend entlang deren familiärer bzw. tribaler Zugehörigkeit), war von nicht wenigen jungen potentiellen Wählerinnen und Wähler aber auch zu hören, dass sie beabsichtigen, nicht zur Wahl zu gehen (wenn ihnen dies aufgrund des Drucks aus der Familie denn möglich ist). Auf die diesbezüglichen Gründe angesprochen war immer wieder - und nicht nur von jungen Menschen - zu hören, dass sich zum einen an der Politik bzw. den Entschei-

dungen des Parlaments, mit denen man ganz offenbar in weiten Teilen nicht einverstanden ist, ohnehin nichts ändern wird ob sie wählen gehen oder nicht (d.h. die Interessen und Nöte des 'kleinen Mannes' ohnehin keine Berücksichtigung finden), und dass zum anderen die Kandidaten, wenn sie erst einmal gewählt sind, sich sowieso nur noch um ihre eigenen und persönlichen Interessen kümmern werden. Letzteres war mit großer Wahrscheinlichkeit auch bei früheren Parlamentsabgeordneten nicht anders (u.a. deswegen hatte der jordanische König ja das letzte Parlament im November 2009 aufgelöst) und ist darüber hinaus ein Vorwurf, der nicht nur in Jordanien, sondern vor allem auch im Libanon immer wieder gegenüber den Abgeordneten erhoben wird. Ganz offenbar sind jedoch zunehmend mehr Wähler nicht mehr bereit, dies zu tolerieren. Sie quittieren daher ihren Unmut zunehmend in der einzigen ihnen bleibenden friedlichen Form - sie bleiben den Wahlen fern. Es würde den Berichtersteller nicht wundern, wenn die Wahlbeteiligung bei den kommenden Parlamentswahlen geringer wäre als bei früheren Wahlen (die Beteiligung bei früheren Wahlen war meistens relativ hoch; zumeist deutlich über 70%). Die so geäußerte Meinung einer Reihe potentieller Wählerinnen und Wähler, jung wie alt, männlich wie weiblich, gebildet wie weniger gebildet und in der Stadt wie in den ländlichen Gebieten lebend, würde der Berichtersteller, ähnlich wie in Europa oder auch in Deutschland, eher als 'Politikermüdigkeit' denn als 'Politikmüdigkeit' bezeichnen (auch wenn Wahlen in Deutschland bzw. in Europa natürlich nur sehr begrenzt mit Wahlen im hiesigen Teil der Welt verglichen werden können - so treten die Kandidaten z.B. als Person, man könnte sagen in eigener Sache, und nicht als Repräsentanten einer Partei bei den Wahlen an. Eine Kandidatenaufstellung durch die Parteien gibt es nicht - die Aufstellung erfolgt innerhalb der Familie bzw. innerhalb des Stammes). Sie interessieren sich sehr wohl für die politischen Entscheidungen ihrer Regierung bzw. ihres Parlamentes, auch wenn sie mit den meisten der getroffenen Entscheidungen zumindest aktuell nicht einverstanden zu sein scheinen (nicht zuletzt auch deshalb, weil ihnen in einer ohnehin schwierigen Zeit immer weitere Belastungen auferlegt werden). Das dies so ist wird u.a. dadurch begünstigt, dass die Politik, d.h. aktuell die Regierung, ihre Entscheidungen den Bürgern gegenüber nach wie vor zu wenig transparent macht und erklärt, und die Parlamentarier sich zumeist nur ihren eigenen Interessen bzw. den Interessen ihrer Familien und Stämme verpflichtet fühlen. Darüber hinaus ist das Management der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise durch die aktuelle Regierung sicher noch verbesserungsfähig. Der Eindruck nicht weniger Menschen in Jordanien ist derzeit der, dass ihnen die Regierung statt zu helfen nur noch weitere Lasten aufbürdet.

Im Vorfeld der kommenden Parlamentswahlen ist zu beobachten, dass von Seiten der Regierung stark dafür geworben wird, mehr weibliche Abgeordnete als bisher in das künftige Parlament zu wählen. Im Rahmen des am 18. Mai 2010 verabschiedeten neuen vorläufigen Wahlgesetzes war u.a. die 'Frauenquote' von bisher sechs auf künftig 12 Abgeordnetensitze, die Frauen vorbehalten sind, erhöht worden (dem letzten, vom König am 23. November 2009 vorzeitig aufgelösten Parlament gehörte eine frei gewählte weibliche Abgeordnete an; darüber hinaus hatten fünf weibliche Abgeordnete ihren Parlamentssitz über die so genannte 'Frauenquote' errungen). Die Verdoppelung der Frauenquote für das künftige Parlament war mit einer Erhöhung der Gesamtzahl der Parlamentssitze von bisher 110 auf künftig 120 einhergegangen. Trotz dieser grundsätzlich positiven Entwicklung in Bezug auf eine stärkere Einbindung von Frauen in politische Entscheidungen wurde von Frauenorganisationen auch Kritik an dem neuen vorläufigen Wahlgesetz geübt.

Jeder Kandidat, der für das kommende Parlament kandidieren wollte, hatte sich innerhalb einer Ausschlussfrist von drei Tagen in einem der von der Regierung in allen 12 Gouvernements eingerichteten Wahlbüros registrieren lassen müssen (diese Frist ist am 12. Oktober 2010 um 15.00 Uhr abgelaufen). Die Registrierung war nur in dem Wahlbüro möglich, das für den Wahlbezirk bzw. den Wahldistrikt zuständig war, in dem der betreffende Kandidat berechtigt ist zur Wahl anzutreten (zur Wahl antreten kann ein Kandidat nur in dem Wahlbezirk bzw. in dem Wahldistrikt, in dem er seinen Wohnsitz hat und in dem er auch re-

gistriert ist). Selbiges gilt im Übrigen auch für die Wähler, die nur in dem Wahlbezirk bzw. in dem Wahldistrikt zur Wahl gehen können - und folglich auch nur einen der in diesem Wahlbezirk bzw. in diesem Wahldistrikt kandidierenden Abgeordneten wählen können -, in dem sie ihren Wohnsitz haben und wo sie auch registriert sind (diese Auflage hat es notwendig gemacht, dass sich im Vorfeld der kommenden Wahlen mehr als 400.000 Wählerinnen und Wähler, die seit den letzten Wahlen umgezogen sind, innerhalb eines Zeitraums von sechs Wochen im Juni und Juli 2010 neu hätten registrieren lassen müssen, wenn sie am 09. November 2010 hätten zur Wahl gehen wollen. Ein Aufwand an Zeit, den nicht wenige gescheut haben und die stattdessen ihr Wahlrecht haben verfallen lassen). Darüber hinaus konnte der Wohnsitz nach Bekanntgabe der Wahlbezirke und Wahldistrikte nicht mehr gewechselt werden. Die Auswahl zwischen den zur Wahl antretenden Kandidaten ist sehr unterschiedlich. Während in einigen Wahlbezirken bzw. Wahldistrikten wie z.B. in Amman bis zu 100 Kandidaten antreten, sind dies in ländlichen Wahlbezirken bzw. Wahldistrikten oftmals nicht mehr als eine Handvoll. In Bezug auf die notwendige Zahl von Stimmen die notwendig ist, um einen Wahldistrikt zu gewinnen, verhält es sich so, dass z.B. weibliche Kandidaten in einigen ländlichen Wahldistrikten lediglich einige hundert Stimmen benötigen um einen Parlamentssitz zu gewinnen, während hierfür in städtischen Wahldistrikten wie z.B. in Amman bis zu mehrere Tausend Stimmen notwendig sind. Wer sich als Kandidat hat registrieren lassen wollen, hatte zuvor eine Gebühr in Höhe von 500,- Jordanischen Dinar (ca. 500,- Euro) an der Kasse des Finanzministeriums einzubezahlen. Er musste darüber hinaus nachweisen, dass er über ein 'sauberes' Führungszeugnis verfügt, und dass er nicht im öffentlichen Dienst oder in einer der unzähligen jordanischen öffentlichen Körperschaften beschäftigt ist (da in etwa ein Drittel aller Beschäftigten unmittelbar, d.h. in Ministerien, Stadtverwaltungen oder anderen öffentlichen Einrichtungen, oder aber mittelbar, d.h. in den staatlichen Einrichtungen unterstehenden Körperschaften, beschäftigt ist, waren so bereits große Teile der Bevölkerung von einer möglichen Kandidatur faktisch ausgeschlossen). Wer sich aus diesem Kreis der Beschäftigten als Kandidat zur Wahl stellen wollen, hatte zuvor seinen Arbeitsplatz aufgeben müssen, was - auch wenn hierzu keine Zahlen vorliegen - sicher nur wenige gemacht haben dürften (da wenn sie nicht gewählt werden und darüber hinaus dann vielleicht auch noch für eine weniger 'akzeptierte' Politik stehen, sie damit rechnen müssen, am Ende vielleicht ohne Arbeitsplatz dazustehen). Die zuvor genannte Einschränkung betrifft u.a. auch das in den staatlichen Schulen und Hochschulen eingesetzte Lehrpersonal sowie diejenigen, die beim Militär sowie bei den verschiedenen Sicherheitsdiensten beschäftigt sind. Letztgenannter Personenkreis ist darüber hinaus nicht berechtigt, am Wahltag wählen zu gehen. Weitere Voraussetzung für eine Kandidatur war, dass der Betreffende seit mindestens zehn Jahren die jordanische Staatsbürgerschaft besitzt und darüber hinaus keiner nicht-jordanischen Partei angehört.

Der Wahlkampf, der in Jordanien auf die letzten vier Wochen vor der Wahl beschränkt ist, hat vor wenigen Tagen begonnen. Eine spontane und friedliche Demonstration von etwas mehr als einem Dutzend junger Menschen gegen das neue Wahlgesetz, die diese am 15. Oktober 2010 vor dem Amtssitz des Premierministers hatten durchführen und in deren Rahmen diese zu einem Boykott der Wahlen hatten aufrufen wollen, wurde mit dem Hinweis auf deren nicht erfolgte Beantragung und Genehmigung von der Polizei schneller aufgelöst, als dass sich die Protestanten hatten sammeln können. Sie wurden nach kurzer Zeit der In-Gewahrsamnahme wieder auf freien Fuß gesetzt. Ihnen wurde u.a. vorgeworfen, mit ihrem Aufruf zum Boykott der Wahlen gegen das Wahlgesetz verstoßen zu haben. Die Kritik am Vorgehen der Polizei, war am darauf folgenden Tag der lokalen Presse zu entnehmen (u.a. war von Unverhältnismäßigkeit sowie vom Vorenthalten demokratischer Rechte wie der Versammlungsfreiheit die Rede). Der Berichterstatter, der aus Zufall Zeuge der Ereignisse war, war angesichts des Häufchens von Protestanten über die ungeheuer große Präsenz an Polizeikräften sowie deren Ausstattung überrascht (die Zahl der Zuschauer war nicht nur weitaus höher als die Zahl der Demonstranten, sondern vermutlich auch mehr von der großen Polizeipräsenz als von den wenigen Demonstranten angelockt worden).

Wenn man durch die Stadt fährt fällt auf, dass noch weit mehr als bei Wahlen in Europa alle Freiflächen, Kreisverkehre und selbst die kleineren Nebenstraßen mit einem Wildwuchs an Plakaten und Transparenten überzogen sind (zunehmend sind hierbei auch Plakate und Transparente weiblicher Kandidaten zu sehen). Teilweise sind diese so angebracht, dass sie schon fast die Verkehrssicherheit gefährden da sie die notwendige Sicht auf den Verkehr behindern (z.B. beim Einfahren in die zahlreichen Kreisverkehre). Um zu gewährleisten, dass der täglich weiter ausufernde Wildwuchs an Plakaten und Transparenten nach den Wahlen auch wieder 'abgebaut' wird, hat die Wahlkommission u.a. für Amman zur Auflage gemacht, dass jeder Kandidat, der mit Plakaten und Transparenten auf öffentlichen Flächen Werbung machen möchte, zuvor eine Kautions in Höhe von rund 4.000,- Jordanischen Dinar (ca. 4.000,- Euro) bei der Stadtverwaltung von Amman zu hinterlegen hat. Für den Fall, dass die anschließend aufgestellten Plakate und Transparente nicht binnen einer Frist von drei Tagen nach dem Wahltag wieder abgebaut sind, werden diese von der Stadtverwaltung Amman auf Kosten des jeweiligen Kandidaten entfernt. In diesem Fall wird die Kautions in voller Höhe einbehalten.

Mit Ablauf der dreitägigen Registrierungsfrist für die Kandidaten, die am 12. Oktober 2010 um 15.00 Uhr geendet hat, haben sich landesweit 853 Kandidaten registrieren lassen. Deren Dossiers wurden bis zum 15. Oktober 2010 überprüft und das Ergebnis den Kandidaten eröffnet. Für den Fall, dass Kandidaten durch die Wahlkommission nicht zur Wahl zugelassen werden, haben diese das Recht, innerhalb einer Frist von drei Tagen (vom 16. - 18. Oktober 2010) vor einem ordentlichen Gericht Widerspruch gegen ihre Nicht-Zulassung einzu legen. Das Gericht wiederum ist verpflichtet, über den Widerspruch innerhalb von weiteren drei Tagen (19. - 21. Oktober 2010) zu befinden. Die Entscheidung dieses Gerichtes ist bindend und kann nicht angefochten werden. Am 22. Oktober 2010 soll dann öffentlich bekannt gegeben werden, welche Kandidaten in welchen Wahlbezirken bzw. Wahldistrikten zur Wahl zugelassen sind. Öffentlichen Angaben zufolge sind unter den o.g. Kandidaten 142 Frauen, die sich um einen der insgesamt 120 Parlamentssitze bewerben wollen (ebenfalls öffentlichen Angaben zufolge, sollen sich für die Parlamentswahlen des Jahres 2007 insgesamt 885 Kandidaten registriert haben lassen, was heißen würde, dass die entsprechende Zahl des Jahres 2010 nur geringfügig unter der des Jahres 2007 liegen würde).

In gleicher Weise wie sich Wähler und Kandidaten haben registrieren lassen müssen, läuft noch bis zum 24. Oktober 2010 die Frist für die Registrierung der in Jordanien ansässigen nationalen und internationalen Organisationen, die am Wahltag als Wahlbeobachter tätig werden wollen. Hierzu hat die Wahlkommission 'Verhaltensrichtlinien' herausgegeben, zu deren Einhaltung sich diese Organisationen verpflichten müssen. Ausländische Journalisten, die zur Wahlbeobachtung und/oder Wahlberichterstattung nach Jordanien reisen wollen, müssen sich zuvor bei den für ihr Land zuständigen Botschaften des Königreichs Jordanien registrieren lassen (z.B. Journalisten aus Deutschland, die nicht in Jordanien leben, bei der jordanischen Botschaft in Berlin). In Jordanien selbst sollen sich aktuell bereits 700 Journalisten und Berichtersteller, die für nationale und internationale Presseagenturen, Zeitungen sowie Rundfunk- und Fernsehanstalten tätig sind, registriert haben lassen.

Die jordanische Regierung macht die Wahlbeteiligung bei den kommenden Parlamentswahlen zum Gradmesser dafür, ob der Rückschlag, den die demokratischen Bemühungen Jordaniens bei den Parlamentswahlen des Jahres 2007 erlitten haben, als überwunden bezeichnet werden kann. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Regierung den Ausgang der letzten Parlamentswahlen inzwischen selbst als Rückschlag für die bisherigen Demokratisierungsbemühungen bezeichnet. Sie hat auch eingeräumt, dass es im Vorfeld der Wahlen von 2007 sowie am Wahltag selbst zu nicht unerheblichen Unregelmäßigkeiten gekommen war. Insbesondere von Stimmenkauf in nicht unerheblichem Umfang war in diesem Zusammenhang immer wieder die Rede. Ob die Regierung darüber hinaus, wie von einigen Beobachtern vermutet, mit der Festlegung des Wahltags auf den 09. November

2010 ein weiteres Zeichen setzen wollte, kann nicht zweifelsfrei bestätigt werden. Ob zufällig oder auch nicht, fällt der Wahltag am 09. November 2010 exakt auf den fünften Jahrestag der Bombenanschläge von Amman. Am 09. November 2005 waren gegen 21.00 Uhr Ortszeit drei Bomben in bzw. vor drei internationalen Hotels (Grand Hyatt, Radisson SAS und Days Inn) in Amman explodiert und hatten dabei mehr als 50 Menschen mit in den Tod gerissen. Als Planer und Organisator dieser Anschläge wurde später der jordanische Staatsbürger und 'Statthalter' der Terrororganisation al-Qaida im Irak, Abu Musab al-Sarkawi, identifiziert, nachdem sich al-Qaida bereits wenige Stunden nach den Anschlägen zu den Anschlägen bekannt hatte.

Die Mitglieder der Islamische Aktionsfront IAF, dem politischen Arm der jordanischen Muslimbrüder, haben sich als größte und am besten organisierte (Oppositions-) Partei dazu entschlossen, die Wahlen vom 09. November 2010 zu boykottieren. Die Partei begründet dies mit ihrer Unzufriedenheit über das aktuelle vorläufige Wahlgesetz, welches ihrer Überzeugung nach die Oppositionsparteien benachteiligt. Den Antrag, das Wahlgesetz noch einmal zu modifizieren - was ohne ein Verschieben des Wahltermins jedoch nicht machbar gewesen wäre -, hatte die Regierung zuvor abgelehnt (nicht nur wegen der dann notwendigen Verschiebung des Wahltermins, sondern auch deshalb, weil sie das neue vorläufige Wahlgesetz sowie den modifizierten Zuschnitt der Wahlbezirke und Wahldistrikte für ausgewogen und ohne Nachteil für die Oppositionsparteien erachtet). Die Vorwürfe der IAF sind nach Ansicht einer Reihe nationaler und internationaler Beobachter nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen (siehe Quartalsbericht II / 2010). Selbst nationale Frauenverbände, die wegen der Verdoppelung der Frauenquote dem neuen vorläufigen Wahlgesetz eigentlich aufgeschlossen gegenüberstehen müssten, haben Kritik am neuen Wahlgesetz geäußert. Aus dem gleichen Grund wie die IAF wird auch die 'Jordan Democratic Popular Unity Party - Wihda' an den Wahlen nicht teilnehmen. Weitere fünf Oppositionsparteien (u.a. die kommunistische Partei, die Baath Partei sowie die Hashed Partei und das 'National Movement') werden zur Wahl antreten. Sie haben sich zu einem Oppositionsbündnis, bestehend aus insgesamt sieben Parteien, zusammengeschlossen, sich in der Frage des Boykotts der Wahlen aber offensichtlich nicht auf eine einheitliche Vorgehensweise verständigen können. Der Fortsetzung der bisherigen Politik dürfte daher politisch nichts im Wege stehen, auch wenn noch nicht ausgemacht ist, ob es im Nachgang der Wahlen nicht auch noch bzw. wieder einmal zu einer Umbildung der Regierung kommen wird, da die bisher ergriffenen Maßnahmen der Regierung, die u.a. die Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise für die Menschen erträglicher machen und die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt ankurbeln sollten, bisher nur begrenzt Erfolg gezeigt haben.

Die Bemühungen der Regierung, den nicht zuletzt aufgrund der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit zwei Jahren stärker als ansonsten üblich ins Defizit geratenen Haushalt zu sanieren und darüber hinaus die angeschlagene Wirtschaft und den Not leidenden Arbeitsmarkt anzukurbeln und die wirtschaftliche Lage der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, zeigen bisher nur begrenzt Wirkung.

Das Defizit des jordanischen Haushalts wird auch in 2011 vermutlich wieder über dem Wert von 1 Mrd. jordanischen Dinar liegen (in etwa 1 Mrd. Euro). Wenn man berücksichtigt, dass sich der Gesamthaushalt in einer Größenordnung von etwa 6 Mrd. jordanischen Dinar bewegt, so entspricht dies einer Quote von mehr als 15% (in 2009 soll das Budgetdefizit einen Umfang von rund 1,5 Mrd. jordanischen Dinar betragen haben), die nicht durch Einnahmen gedeckt sind. Setzt man die bisherige Reduzierung des voraussichtlichen Budgetdefizits in 2010 in Relation zu den vielfach vorgenommenen Steuer- und Gebührenerhöhungen, die die Regierung seit Beginn des Jahres 2010 in Kraft gesetzt hat, so kommt man nicht umhin, das bisherige Ergebnis als bescheiden bezeichnen zu müssen (obgleich andererseits auch gesagt werden muss, dass viele der Steuer- und Gebührenerhöhungen erst in den kommenden Monaten Auswirkungen im Sinne einer erwarteten und eingeplanten Er-

höhung der Einnahmen zeigen werden - wenn diese zusätzlichen Einnahmen denn nicht gleich wieder zum Stopfen bis dahin neu aufgetretener Finanzierungslücken verwendet werden müssen). So hat die Regierung seit Anfang des Jahres 2010 z.B. eine Benzinsteuer neu eingeführt, was zu einer Erhöhung des Benzinpreises in einer Größenordnung von bis zu 15% geführt hat - neben den weiter steigenden Kosten für Benzin aufgrund der Erhöhung des Ölpreises gegenüber dessen Tiefstständen in 2008 sowie teilweise noch im ersten Halbjahr 2009. Darüber hinaus hat die Regierung die Einfuhrzölle für eine Reihe von Produkten wie z.B. Stoffe, Kleidung oder auch Lederwaren bzw. Schuhe erhöht, was sie mit dem erklärten Ziel gemacht hat, die einheimische Produktion schützen bzw. fördern zu wollen, was in der Folge jedoch auch die Ausgaben der Bevölkerung für die entsprechenden Produkte erhöht. Sie hat die erst von der Vorgängerregierung eingeführten Zollbefreiungen bzw. Zollreduktionen für den Import schadstoffarmer Hybrid-Fahrzeuge reduziert, was zwar einerseits die Bevölkerungsteile trifft, die dieses noch am leichtesten wirtschaftlich werden verkraften können, dafür aber einen Rückschlag für die bisherigen Bemühungen im Umweltbereich darstellt. Die Erhöhung der Steuern für mobil geführte Telefongespräche trifft wiederum jeden Bürger, da in Jordanien nicht nur die Zahl der Mobiltelefone deutlich über dem internationalen Durchschnitt liegt, sondern aufgrund der geringen Zahl von Festnetzanschlüssen auch nur wenige Bürger die Möglichkeit haben dürften, vom Mobiltelefon auf das Festnetz auszuweichen. Die Erhöhung der Strompreise, die geplante Erhöhung der Preise für Wasser und andere Entscheidungen mehr belasten die breite Bevölkerung in gleicher Weise, wie die allgemeine Teuerungsrate, die sich im Berichtszeitraum insbesondere bei Lebensmitteln und hier besonders bei Gurken und Tomaten, beides nicht nur in Jordanien Grundnahrungsmittel, ausgewirkt hat (vorübergehend hatten sich deren Preise fast verdoppelt, nicht zuletzt weil große Teile der Tomatenanpflanzungen von einer Krankheit befallen sind die mit einem Ausfall eines beträchtlichen Teils der Ernte verbunden sind). Nicht zuletzt nach den verheerenden Bränden dieses Sommers in Russland und dem daraus resultierenden Exportstopp für Getreide (überwiegend Weizen), den die russische Regierung sowie eine Reihe anderer Regierungen aus Ländern der Schwarzmeerregion erlassen haben, geht nunmehr auch wieder die Furcht vor drastisch steigenden Lebensmittelpreisen um. Die diesbezüglichen Auswirkungen von vor zwei Jahren sind der hiesigen Bevölkerung noch in guter Erinnerung. Jordanien, das jährlich z.B. mehrere hunderttausend Tonnen Getreide importieren muss um den Eigenbedarf zu decken, wäre von einer solchen Entwicklung ganz besonders betroffen. In diesem Zusammenhang muss man allerdings auch die Kehrseite der Medaille sehen. Jordanien hat bereits vor mehr als zehn Jahren von der sudanesischen Regierung eine Fläche von rund 180.000 Hektar zur landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung gestellt bekommen (mit Zugang zu dem so wichtigen Wasser des Nils). Im Gegenzug, sozusagen als Pacht, sollte Jordanien für die Errichtung der entsprechenden Infrastruktur (Straßen, Strom, Wasser, Gesundheitszentren etc.) und für Arbeitsplätze sorgen. Nachdem jordanische Regierungen über zehn Jahre nicht in der Lage gewesen waren, die zur Verfügung gestellte Fläche im genannten Sinne zu bewirtschaften, hat der Sudan, vertragskonform, in 2009 die Hälfte des ursprünglich zur Verfügung gestellten Landes wieder für sich beansprucht (lediglich auf einem Teil der verbleibenden 50% des zur Verfügung gestellten Landes wird von einem dem jordanischen Militär gehörenden Unternehmen Landwirtschaft betrieben). Für den weitaus größeren Teil der verbleibenden 50% wird seit 2009 verstärkt nach einem Investor gesucht. Nicht nur, dass der jordanische Staat offenbar nicht über die finanziellen Mittel verfügt, um dieses Projekt selbst zu realisieren, hat sich das Militär den Teil des Geländes gesichert, der unmittelbaren Zugang zum Nil bzw. zum Wasser hat. Jeder künftige Interessent an dem verbleibenden Rest des Geländes muss sich daher zunächst mit dem Militär ins Benehmen setzen, wenn es darum geht, Zugang zum Wasser zu bekommen. Dies dürfte mit einer der Gründe sein, warum sich auch bis heute noch kein privater Investor gefunden hat, der in dieses Projekt investieren möchte. Es dürfte daher nur eine Frage der Zeit sein, bis der Sudan auch den verbliebenen Teil des ursprünglich zur Verfügung gestellten Geländes wieder für sich beansprucht bzw. an andere Investoren, die auf diesem Gebiet seit einigen Jahren vor allem in Afrika - aber auch

in Südamerika - aktiv sind, zu verpachten (z.B. Saudi-Arabien, die USA, China und andere). Italien hat sich erst unlängst in Kenia große landwirtschaftliche Flächen gesichert, auf denen es Pflanzen zur Bio-Sprit-Erzeugung anbaut während gleichzeitig Teile der kenianischen Bevölkerung Hunger leiden. Die FAO (**F**ood and **A**griculture **O**rganization of the United Nations) beobachtet diese Entwicklung mit großer Sorge, ohne dagegen aber nachhaltig etwas unternehmen zu können. Dass die Kaufkraft der jordanischen Bürger zurückgegangen ist, scheinen Beobachtungen während des vor wenigen Wochen zu Ende gegangenen Ramadans zu bestätigen. Mehreren Angaben zu Folge war das ansonsten lebhaftes Geschäft vor den Eid al-Fitr Feiertagen in 2010 deutlich geringer als gegenüber den Vorjahren (wobei bereits 2009 die Umsätze gegenüber den Vorjahren deutlich niedriger gewesen sein sollen). Neben der bereits beschriebenen allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltungskosten dürfte hierbei auch eine Rolle gespielt haben, dass offenbar immer noch Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren und neue Arbeitsplätze zu wenig geschaffen werden bzw. zu wenige Menschen in (auskömmliche) Arbeit gebracht werden können. So ist die Arbeitslosenquote im Berichtszeitraum wieder auf offiziell angegebene 13,5% gestiegen (die Veröffentlichung jeglicher Wirtschaftszahlen durch das jordanische 'Department of Statistics - DoS' bedarf der vorherigen Genehmigung durch die Regierung, was nur damit erklärt werden kann, dass man die Bekanntgabe unangenehmer bzw. negativer Daten wenn notwendig erscheinend politisch 'begleiten' möchte). Der Berichterstatter nimmt die Veröffentlichung derartiger Zahlen immer mit großer Zurückhaltung zur Kenntnis, zumal gerade bei den Arbeitsmarktzahlen die meisten Beobachter von Zahlen ausgehen, die teilweise doppelt so hoch sind als die veröffentlichten.

Zur Reduzierung der öffentlichen Ausgaben hat sich die Regierung u.a. dazu durchgerungen, dem Wildwuchs an Vergünstigungen für im Öffentlichen Dienst Beschäftigte zu Leibe zu rücken. So hat die Regierung z.B. beschlossen, die Zahl der Fahrzeuge im öffentlichen Dienst, die bei mehr als 15.000 liegen soll, um ein Drittel zu reduzieren. Darüber hinaus sind die Gehälter für Teile des Öffentlichen Dienstes eingefroren worden und für besonders gut verdienende Beschäftigte sollen sogar Gehaltskürzungen in der Diskussion sein. Die Regierung ist in diesem Punkt mit gutem Beispiel vorangegangen. Sie hat sich bereits zu Beginn des Jahres auf eine unbefristete Reduzierung ihrer Gehälter in einem Umfang von 20% verständigt. Andererseits ist die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst trotz der aktuell schwierigen Haushaltslage offenbar weiter gestiegen. Immer wieder war der Presse zu entnehmen, dass einzelne Ministerien wie z.B. das Landwirtschaftsministerium Einstellungen vorgenommen haben. Soweit dem Berichterstatter bekannt, hat es sich in der überwiegenden Zahl der Fälle um frühere Tagelöhner der entsprechenden Ministerien gehandelt, deren ursprünglicher Beschäftigungsgrund im Laufe der Zeit entfallen war und die damit ohne Einkommen waren. Auch wenn deren Gehälter sich monatlich nur in einer Größenordnung von maximal 200,- jordanischen Dinar bewegen dürften, so schlägt sich die schiere Zahl derer, die so zumeist aus sozialen Erwägungen heraus zu einem Beschäftigungsverhältnis beim Staat gekommen sind, doch in den ohnehin klammen Budgets nieder (je nach Quelle ist einmal von mehreren Hundert und dann auch wieder von Tausenden die Rede, die so eingestellt worden sind). Man muss das zuvor Geschriebene auch vor dem Hintergrund sehen, dass mehr als ein Drittel aller jordanischen Arbeitskräfte ihr Auskommen vom Staat bekommen (das Wort 'verdienen' wird in diesem Zusammenhang explizit nicht verwendet, da der Berichterstatter einen entsprechender Bedarf an Arbeitsplätzen nicht zu erkennen vermag). Nicht nur, dass der Output des öffentlichen Dienstes vielfach als wenig effizient bezeichnet werden muss, ist er wie in vielen anderen vergleichbaren Ländern auch weit überdimensioniert. Dem Staat fällt hier die Aufgabe zu, vielen Menschen zu einem zumindest halbwegs auskömmlichen Einkommen zu verhelfen, ohne dass für deren Arbeitsleistung eigentlich ein Bedarf besteht. Ein Vorgehen, welches einerseits zwar nachvollzogen werden kann - handelt es sich doch um eine Art Sozialsystem, wie es in vielen vergleichbaren Ländern auch praktiziert wird -, welches andererseits aber die ohnehin klammen öffentlichen Haushalte noch weiter unter Druck setzt.

Hat die Vorgängerregierung (bis Dezember 2009 im Amt) zur Finanzierung der Ausgaben noch auf eine Verschuldung im Inland gesetzt (um die Auslandsverschuldung nicht weiter zu erhöhen, was jedoch mit einer deutlich höheren Zinsbelastung 'erkauft' worden ist, da das Zinsniveau im Inland deutlich über dem internationalen Zinsniveau der zurückliegenden beiden Jahre lag und nach wie vor liegt), hat die aktuelle Regierung in diesem Punkt umgesteuert und sich in 2010 wieder verstärkt im Ausland verschuldet. Von einer Reihe nationaler Wirtschaftsfachleute wird die Kritik an der (Wirtschafts-) Politik der gegenwärtigen Regierung für überzogen erachtet, da es in ihren Augen nicht die aktuelle Regierung, sondern die Vorgängerregierungen waren, die im wesentlichen für die aktuell schwierige Lage des Landes verantwortlich gemacht werden müssten. Als Beispiele werden gerne aufgeführt, dass sich frühere Regierungen mit bis zu 2 Mrd. jordanischen Dinar pro Jahr im Inland verschuldet haben, und dass die Erlöse der Privatisierungen von vor drei Jahren nicht investiert, sondern überwiegend zum Stopfen von Haushaltslöchern oder auch gleich für den Konsum verwendet worden sind (wobei nach Kenntnis des Berichterstatters ein großer Teil dieser Erlöse auch zur Umschuldung mit dem Pariser Club und zur Tilgung von Auslandsschulden verwendet worden ist - im Rahmen der Monatsberichte war 2008 darüber berichtet worden). Auch die Erhöhung der Auslandsschulden (mit 2,77% zu einem deutlich geringeren Zinssatz als im Inland, wo der Zinssatz bei bis zu 7,35% liegen soll) mit dem Ziel, mit diesem Geld inländische Schulden zu tilgen, erscheint unter dem Gesichtspunkt der Reduzierung des Schuldendienstes bzw. der Zinslast sinnvoll. Eine Politik, die die Gesamtverschuldung des Landes nicht erhöht, sondern stattdessen den Schuldendienst und die Zinslast reduziert, macht auch vor dem Hintergrund Sinn, als dass die hohe Inlandsverschuldung des Staates in 2009 mit dazu geführt hat, dass es jordanischen Unternehmen nur noch sehr schwer möglich war, von jordanischen Banken Geld geliehen zu bekommen (die Banken haben verständlicherweise ihr Geschäft lieber mit dem Staat gemacht, da die Ausfallrisiken einer Kreditvergabe an den Staat vermutlich nicht zu unrecht als geringer eingeschätzt worden sind gegenüber einer Kreditvergabe an private Firmen und Unternehmen). Der Staat ist als Kreditnehmer bei den jordanischen Banken gleichsam als übermächtiger Konkurrent zu den Firmen und Unternehmen aufgetreten, was auch in Jordanien zu der bekannten Kreditklemme, die sich erst jetzt so langsam zu lösen scheint, geführt hat.

Auch wenn mit Sicherheit nicht alle (wirtschaftlichen) Entscheidungen der gegenwärtigen Regierung als schlecht zu bezeichnen sind, so fällt doch auf, dass in der Summe die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger im vergangenen Jahr weiter gestiegen sind, Arbeitsplätze nicht bzw. nicht im notwendigen Maße entstanden sind (im Gegenteil, die Arbeitslosenquote ist wieder im Steigen begriffen und sie ist in der Gruppe, die über einen Hochschulabschluss verfügt am Höchsten) und die Regierung zur Überwindung der Krise offenbar eher auf kapitalintensive Großprojekte (mit vergleichsweise geringeren Beschäftigungsmöglichkeiten für lokale Arbeitskräfte und einem vergleichsweise höheren ausländischen Kapitalbedarf) denn auf arbeitsintensive kleinere Projekte, die darüber hinaus weit weniger kapitalintensiv als die vorgenannten Großprojekte sind, zu bauen scheint. In einem der nach langem Hin und Her seit 2009 nunmehr in der Umsetzung befindlichen Projekte, dem Disi-Wasserprojekt, hat man erst dieser Tage einräumen müssen, dass es vermutlich zu weiteren Verzögerungen kommen wird, da die Bauarbeiten offenbar deutlich hinter dem Zeitplan zurückliegen. Dieses für die Gewährleistung der Wasserversorgung so wichtige Projekt, mit dessen Realisierung bereits 2005 hätte begonnen werden sollen, konnte erst 2009 in Angriff genommen werden, nachdem es zuvor immer wieder zu teilweise selbst verschuldeten Verzögerungen beim Vertragsabschluss gekommen war.

Wie anfällig die Strom- und Wasserversorgung in Jordanien ist, bekamen die Menschen in diesem Sommer, der durch mehrere, teils länger anhaltende Hitzewellen gekennzeichnet war, hautnah zu spüren. Mehr als einmal ist es zu Engpässen in der Wasser- und Stromversorgung in Form einer teils mehrwöchig ausbleibenden bzw. unzureichenden Wasserversorgung sowie teilweise mehrere Stunden anhaltender Stromabschaltungen gekommen.

2.2 Libanon:

Im letzten Quartalsbericht war berichtet worden, dass die Vermutung, dass das 'Sondertribunal für den Libanon' in den Den Haag, das mit der Untersuchung der Ermordung des früheren libanesischen Premierministers Rafik Hariri am 14. Februar 2005 in Beirut betraut ist, noch vor Jahresende Anklage gegen Mitglieder der libanesischen Hisbollah Anklage erheben könnte, zu Spannungen innerhalb der libanesischen Regierung unter der Führung von Premierminister Saad Hariri sowie zu großer Sorge bei der libanesischen Bevölkerung geführt hat.

Nur wenige Tage nach Fertigstellung des letzten Berichtes, am 23. Juli 2010, hat der Generalsekretär der Hisbollah, der sich überwiegend in Syrien aufhaltende Hassan Nasrallah, mitgeteilt, dass auch er in Kürze mit der Anklage von Mitgliedern seiner Partei wegen der Ermordung des ehemaligen libanesischen Premierministers rechnet. Die diesbezüglichen Informationen habe er von keinem geringeren als dem Sohn des Ermordeten erhalten.

Des Weiteren wurde im letzten Bericht ausgeführt, dass ein solcher Schritt nicht nur zu neuen schweren Turbulenzen im Libanon führen dürfte, sondern darüber hinaus die Regierung des Libanon, die vom Sohn des Ermordeten geführt wird, in ihren Grundfesten nicht nur erschüttern, sondern diese mit größter Wahrscheinlichkeit auch scheitern lassen dürfte. In einigen Zeitungsberichten war im Nachgang zu dem vorgenannten Bericht sogar davon die Rede, dass dem Libanon 'neues Blutvergießen' droht. Nasrallah selbst hat in diesem Zusammenhang davon gesprochen, dass der Libanon einer 'ganz kritischen Phase' entgegen gehe, und dass die Hisbollah diesbezüglich keine Angst habe und sich zu verteidigen wisse. Übereinstimmend wurden diese Äußerungen Nasrallahs als wenig versteckte Drohung, notfalls wieder zu den Waffen zu greifen, verstanden.

Als möglicher Ausweg aus dieser prekären Situation wurde im letzten Bericht eine so genannte politische Lösung ins Gespräch gebracht, die gewährleisten müsste, dass alle Seiten ihr Gesicht wahren können. Saad Hariri und die von ihm angeführte pro-westliche Bewegung des 14. März wird sich nur schwerlich darauf einlassen können, die Aufklärung des Mordes an seinem Vater unter den Tisch zu kehren und es deutet bisher auch nichts darauf hin, dass er sich auf eine Lösung, die derartiges auch nur vermuten lässt, einlassen wird. Syrien, das lange Zeit als Hauptverdächtiger angesehen worden war, scheint nach der neuesten Entwicklung zwar aus der unmittelbaren Schusslinie zu sein, als Verbündeter der Hisbollah wird es jedoch nicht zulassen, dass diese am Ende für die Ermordung Hariris zur Rechenschaft gezogen wird. Die Hisbollah selbst wird mit allen nur erdenklichen Mitteln versuchen sich einer Verurteilung zu entziehen, auch wenn diese am Ende nur auf dem Papier stehen und keine ernsthaften Konsequenzen zur Folge haben würde. Wen der Berichterstatter in seiner bisherigen Analyse außer Betracht gelassen hatte, war der Iran. Die Hisbollah, die in den zurückliegenden Wochen sogar den israelischen Geheimdienst für die Ermordung Hariris verantwortlich gemacht hat (entsprechende Beweise will die Hisbollah an das Sondertribunal weitergeleitet haben, das über deren Aussagekräftigkeit bisher allerdings nichts hat verlauten lassen), hat im Iran nicht nur einen treuen sondern vermutlich sogar ihren treuesten Verbündeten. Dass der Iran mit der Unterstützung der Hisbollah (sei es im vorliegenden Fall wegen der Ermordung Hariris oder aber wegen anderer Vorwürfe, derer sich die Hisbollah immer wieder erwehren muss) das Ziel verfolgt, den Westen im Allgemeinen sowie den Staat Israel im Besonderen wo auch immer zu diskreditieren, kann als gesichert angesehen werden. Nicht ohne Grund erfreut sich auch die Hamas im Gaza-Streifen der uneingeschränkten Unterstützung des Iran und nicht von ungefähr gehört auch Syrien, welches sich wegen der besetzten Golan-Höhen mit Israel de facto seit 1967 im Kriegszustand befindet (so wie im Übrigen auch der Libanon), zu den Hauptverbündeten des Iran. Die Gemengelage im Libanon kann somit wahrlich als brisant bezeichnet werden und um es einmal bildlich auszudrücken: Die Lunte an das Pulverfass ist gelegt. Die kommenden Wochen werden zeigen müssen, ob es im Libanon zu einem neuerlichen Ausbruch

von Gewalt mit noch nicht absehbaren Folgen kommen wird oder ob die Gefahr noch in letzter Minute abgewendet werden kann.

Ein libanesischer Journalist hat die aktuelle Situation damit umschrieben, dass zwei Züge, noch dazu auf abschüssigem Gelände, mit Höchstgeschwindigkeit aufeinander zu rasen und bis dato kein Mittel bekannt ist, wie man diese ohne Blutvergießen zum Stehen bringen kann. Sollte letzteres nicht gelingen so wären die Schäden, die beim Aufprall der beiden Züge vermutlich entstehen würden, so groß, dass diese den Libanon wieder zurück bis in die Zeit des Bürgerkrieges werfen könnten. Ein Szenario, das zwar übertrieben anmutet, vor dem aber immer mehr Menschen im Libanon Angst haben.

Unstrittig ist, dass eine Anklage der Hisbollah wegen einer Verstrickung in die Ermordung Hariris nicht nur ein Politikum ersten Ranges darstellen würde, sondern auch den 2008 mühsam gefundenen Kompromiss, der im selben Jahr erst die Wahl eines (christlichen) Staatspräsidenten und ein Jahr später die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit unter der Führung von Saad Hariri ermöglicht hat, nicht nur in Frage stellen, sondern mit angrenzender Wahrscheinlichkeit sogar platzen lassen würde. Der ohnehin nur an der Oberfläche bestehende Kompromiss, die sich im Großen und Ganzen an der religiösen Zugehörigkeit der verschiedenen Gruppierungen festmachen lässt (lediglich die Christen sind gespalten in einen Teil, der die Schiiten um die Amal-Bewegung und die Hisbollah unterstützt und der von Michel Aoun angeführt wird, sowie in einen Teil, der dem Bündnis unter der Führung des Sunniten Saad Hariri sowie den Drusen um Walid Dschumblatt angehört und von Samir Geagea angeführt wird), wäre damit nicht nur Geschichte, sondern ein Anheizen des Konfliktes zwischen Sunniten und Schiiten über die Grenzen des Libanons hinweg wahrscheinlich (die Christen, die in der arabischen Welt ohnehin nur noch im Libanon eine gesellschaftlich relevante Größe darstellen, würden bei einer solchen Entwicklung nur noch am Rande, wenn es um die künftige Machtverteilung im Libanon geht, eine Rolle spielen und vermutlich in der einen oder anderen Richtung das Zünglein an der Waage sein, wenn es ihnen nicht gelingen sollte, ihre alte Einheit wieder herzustellen).

Es soll nicht verschwiegen werden, dass es auch Indizien dahingehend gibt, dass die Attentäter Hariris aus dem Umfeld seiner eigenen Glaubensgemeinschaft, der Sunniten, kommen könnten. Insbesondere die auch nach dem Abzug der syrischen Truppen im Jahre 2005 immer wieder stattgefundenen Anschläge sowie die Personen, gegen die sich diese Anschläge gerichtet haben, lassen die Vermutung zu, dass auch sunnitische Jihadisten hinter dem Anschlag gegen Hariri stecken könnten. Es scheint schon seit längerem Hinweise dahingehend zu geben, dass diese Jihadisten aus dem Umfeld des sunnitischen 'Future Movement' nicht nur protegirt, sondern sogar finanziert worden und so als Gegengewicht zur schiitischen Hisbollah regelrecht aufgebaut worden sind. Die Motive wären in diesem Fall wohl darin zu suchen alles das im Keim zu ersticken, was auf eine wie auch immer geartete Verständigung zwischen Schiiten und Sunniten hinausläuft (eine ähnliche Entwicklung ist aktuell auch im Gaza-Streifen zu beobachten, wo jihadistische Gruppierungen die sunnitische Hamas in ihren Forderungen und ihrer Gewaltbereitschaft bei weitem übertreffen, auch wenn es dort nicht um die Annäherung schiitischer und sunnitischer Gruppierungen sondern um die bedingungslose Bekämpfung des Staates Israel geht). Es wäre nicht das erste Mal, dass ein vermeintlicher Zögling der Kontrolle seines Förderers entgleitet und man der Geister, die man rief, nicht mehr Herr wird.

Um die Situation im Libanon nicht weiter eskalieren zu lassen, haben der syrische Staatspräsident Bashar al-Assad und der saudische König Abdullah in den zurückliegenden Wochen nicht nur ihre seit längerem bestehende gegenseitige Abneigung überwunden und sich wieder angenähert, sondern auch gemeinsam vor Ort versucht, auf die verschiedenen Parteien mäßigend einzuwirken. In Presseerklärungen haben die Außenminister beider Länder darauf hingewiesen, dass ihnen an einem stabilen und befriedeten Libanon sehr gelegen ist.

Ganz im Gegensatz zu der mäßigenden Einwirkung Saudi-Arabiens und Syriens, hat der Staatsbesuch des iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad, den dieser dem Libanon vom 13. - 14. Oktober 2010 abgestattet hat und den dieser zu neuerlichen Provokationen und Vorwürfen gegenüber Israel und dem Westen genutzt hat, die politischen Gegensätze im Land wieder angeheizt. Tausende pro-iranischer Schiiten bereiteten dem iranischen Gast in den frühen Morgenstunden des 13. Oktober 2010 einen überschwänglichen Empfang, als dieser, vom Flughafen kommend, sich durch die im Süden Beiruts gelegenen Vororte, die fest in der Hand der Hisbollah sind, einen Weg ins Zentrum der Stadt gebahnt hat. Der Empfang mit Jubelrufen und Transparenten sowie in Verbindung mit dem Streuen von Rosenblättern hätte größer und herzlicher nicht sein können. Das der Führer der Hisbollah, vorgenannter Hassan Nasrallah, seine schiitischen Gefolgsleute dazu aufgerufen hatte, den iranischen Präsidenten zahlreich und lautstark willkommen zu heißen, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Die am Abend in allen arabischen Kanälen sowie im ZDF gezeigten Bilder zeigten einen 'Volkshelden' Ahmadinedschad auf dem Weg vom Flughafen in die Innenstadt sowie einen beim Abspielen der Nationalhymnen nicht eben glücklich dreinschauenden libanesischen Staatspräsidenten Michel Suleiman, der sich sichtlich in seiner Haut nicht wohl gefühlt hat.

Selbstredend war Ahmadinedschad mit dem Führer der Hisbollah sowie dem schiitischen Parlamentspräsidenten Nabih Berri zu Gesprächen zusammengetroffen (so wie neben dem christlichen Staatspräsidenten Michel Suleiman auch mit dem sunnitischen Premierminister Saad Hariri, beides vermutlich aber nur, weil es sich aus protokollarischen Gründen nicht hatte vermeiden lassen und man einen Eklat hatte vermeiden wollen). Auch wenn über die geführten Gespräche keine Einzelheiten bekannt sind, so dürften die Ermordung Hariris, die Spekulationen über eine mögliche Anklage der Hisbollah und selbstverständlich Israel ganz oben auf der Liste der behandelten Themen gestanden haben. Der Gast hat es sich nicht nehmen lassen, das Sondertribunal einmal mehr als ein Projekt des Westens zu bezeichnen, der damit Zwietracht unter den verschiedenen Gruppierungen des Libanon säen möchte. Ein Vorwurf, der in der Vergangenheit immer wieder und fast wortgleich auch von der Hisbollah erhoben worden war. Anlässlich eines Besuches libanesischer Dörfer im Süden des Landes - den angekündigten Besuch unmittelbar an der Grenze des Libanon zu Israel und den angekündigten Steinwurf nach Israel hat es dann doch nicht gegeben - hat es sich Ahmadinedschad, ganz wie es seine Art ist, nicht nehmen lassen, heftige Attacken gegenüber Israel zu reiten und entsprechende Vorwürfe zu erheben.

Sowohl der Westen, der angesichts des wachsenden Einflusses des Iran in der Region im Allgemeinen sowie im Libanon im Besonderen besorgt ist (die libanesische Hisbollah erhält als umfangreich zu bezeichnende finanzielle Unterstützung aus dem Iran, die auch die Lieferung von Waffen beinhalten dürfte), als auch die als brüchig zu bezeichnende und überwiegend pro-westliche Regierung des Libanon, die an der Ermordung Hariris bzw. an der Anklage seiner möglichen Mörder zu zerbrechen droht, waren angesichts des nicht zu verhindernden Besuches des iranischen Staatspräsidenten alles andere als in bester Stimmung.

In der Zusammenfassung des Besuchs muss festgestellt werden, dass der erste Staatsbesuch Ahmadinedschads im Libanon den Schulterchluss des Iran mit der Hisbollah geradezu zelebriert hat. Darüber hinaus hat er die libanesische Regierung regelrecht düpiert und deutlich gemacht, dass der Staat Libanon wenn auch nicht de jure, so doch de facto bereits heute ein geteiltes Land ist und die Hisbollah mittlerweile als Staat im Staate bezeichnet werden muss. Der Süden des Landes scheint mittlerweile so fest in Händen der Hisbollah zu sein, dass man sich eine Änderung dieser Verhältnisse nur noch schwerlich vorstellen kann. Der gesamte Ablauf des Besuches ließ bei Beobachtern die Frage aufkommen, ob die libanesische Regierung oder nicht vielmehr die Hisbollah der Gastgeber des iranischen Staatspräsidenten war. Ein Eindruck, der für die ohnehin schwache libanesische Regierung nicht hätte verheerender sein können.

2.3 Syrien:

Im Rahmen eines eintägigen Besuches im Iran hat der syrische Staatspräsident Bashar al-Assad am 02. Oktober 2010 gegenüber seinem Gastgeber, dem iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad, das Verhältnis und die Zusammenarbeit beider Länder als hervorragend bezeichnet. Er wird darüber hinaus mit den Worten wiedergegeben, dass Syrien an einer weiteren Vertiefung dieser Beziehungen interessiert ist. Beides dürfte den iranischen Gastgeber, zumal im Vorfeld seines Staatsbesuches im Libanon, mehr als erfreut haben. Weit weniger erfreulich dürften die Worte hingegen für den Westen, und hier vor allem für die USA, gewesen sein, die sich seit Monaten - bisher allerdings ohne sichtbaren Erfolg - bemühen, Syrien in kleinen Schritten aus der bisher als eng zu bezeichnenden Bindung mit dem Iran herauszulösen.

Assad hob im Rahmen einer Presseerklärung in Teheran hervor, dass sich Syrien und der Iran seit der islamischen Revolution im Jahre 1979 brüderlich verbunden fühlen. Sein iranischer Gastgeber hatte ihn zuvor mit der höchsten iranischen Auszeichnung, der 'Medal of Honour', ausgezeichnet. In seiner Laudatio zur Verleihung der Auszeichnung betonte Ahmadinedschad, dass der syrische Staatspräsident diese Auszeichnung für seine Unterstützung der Palästinenser (d.h. der Hamas) und des Libanon (d.h. der Hisbollah) sowie für seinen Widerstand gegen die weltweite Arroganz verliehen bekommt. Alle Beobachter waren sich einig, dass der iranische Staatspräsident mit der angesprochenen weltweiten Arroganz niemand anderen als den Westen, und hier insbesondere die USA, gemeint hat, auch wenn er dies im aktuellen Fall und gegen seine ansonsten übliche Art, sehr verklausuliert und schon fast als diplomatisch zu bezeichnen zum Ausdruck gebracht hat. Er sprach in seiner Rede auch davon, dass Syrien seit den Tagen der islamischen Revolution treu an der Seite des Iran steht und er hoffe, dass dies auf ewig so bleiben möge. Die guten gegenseitigen Kontakte sowie das exzellente Verhältnis beider Staaten seien im Interesse der gesamten Region des Nahen und Mittleren Ostens. Letztere Einschätzung wird bekanntlich nur von sehr wenigen Staaten in der Region geteilt, was den iranischen Präsidenten jedoch nicht davon abhält, dies fortwährend zu wiederholen. Während der Verleihung, die live im iranischen Fernsehen übertragen worden war, sprach er von zwei Nationen und Regierungen die Brüder sind und sich wie Brüder gegenseitig unterstützen und helfen.

Über den Zeitpunkt des Besuchs von Assad in Teheran kann viel und lange spekuliert werden. Zum einen folgte Assad mit seinem Besuch einer Einladung Ahmadinedschads, die dieser im Rahmen seines letzten Besuches in Syrien ausgesprochen hatte, und zum anderen wollte er vielleicht indirekt und diplomatisch deutlich machen, wie er das 'Werben' des Westens um eine künftig weniger vom Iran abhängige syrische Außenpolitik bewertet. Schlussendlich dürfte der Zeitpunkt der Reise auch weit weniger von Bedeutung sein als das, wie sich Syrien in seiner Politik gegenüber der Hamas und der Hisbollah künftig positioniert. Anzeichen dafür, dass sich die diesbezügliche bisherige Politik Syriens ändert, sind bisher nicht zu erkennen.

Neben dem iranischen Staatspräsidenten ist der syrische Staatspräsident auch mit dem höchsten religiösen Führer des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, zu Gesprächen zusammen getroffen. Khamenei, der in den Jahren von 1981 - 1989 iranischer Staatspräsident war, wurde nach dem Tod des Gründers der Islamischen Republik Iran, Ayatollah Ruhollah Khomeini, am 04. Juni 1989 zum obersten religiösen Führer des Iran ernannt. Er wird als die iranische Persönlichkeit beschrieben, die neben dem 1989 verstorbenen Staatsgründer Ayatollah Ruhollah Khomeini und dem ihm im Amt nachgefolgten früheren Staatspräsidenten Ayatollah Akbar Hashemi Rafsandschani (1989 - 1997 Staatspräsident; 2005 bei den Wahlen zum Staatspräsidenten dem jetzigen Präsidenten Ahmadinedschad unterlegen) den meisten Einfluss auf die Geschicke des Landes gehabt hat bzw. immer noch hat. In dem geführten Gespräch hat sich Assad nach arabischen Pressemitteilungen dahingehend geäußert, dass er den Friedensgesprächen zwischen Israel und den Palästinensern keine

Erfolgschancen einräumt. Nach seinen Worten finden die Gespräche in erster Linie deshalb statt, weil US-Präsident Barack Obama im Vorfeld der Wahlen zum US-Kongress, die am 02. November 2010 stattfinden werden, einen Erfolg vorweisen muss, um bei den Wahlen nicht völlig chancenlos zu sein (zumindest letztere Aussage ist nicht so ohne Weiteres von der Hand zu weisen, wenn man die Entwicklung hier in der Region - seit der Amtsübernahme von Präsident Obama - einmal Revue passieren lässt). Er bezeichnete die Gespräche als ziellos und letztlich nur dem Ansehen Obamas in den USA dienend (auch diese Einschätzung wird von nicht wenigen Beobachtern, die nicht als dem Iran bzw. Syrien nahe stehend zu bezeichnen sind, geteilt).

Sowohl Syrien als auch der Iran unterstützen die sunnitische Hamas-Bewegung im Gaza-Streifen sowie die schiitische Hisbollah-Bewegung - die aktuell mit auf der Regierungsbank im Libanon sitzt und die sich nach wie vor erfolgreich weigert, ihre Waffen abzugeben - finanziell, und mit großer Wahrscheinlichkeit auch mit Waffen. Der Westen möchte dieses aus vielerlei Gründen gerne ändern. Zum Ersten geht es um das Existenzrecht und die Existenz des Staates Israels, was diesem vom Iran sowie von der Hamas und der Hisbollah abgesprochen wird (der iranische Staatspräsident schwadroniert in seinen Reden immer wieder einmal von einem Nahen Osten ohne Zionisten und ohne einen Staat Israel). Zum Zweiten geht es um die Einheit der Palästinenser, die seit den Parlamentswahlen des Jahres 2006 fast hoffnungslos zerstritten sind mit dem Ergebnis, dass das Westjordanland von der Fatah und der Gaza-Streifen von der Hamas regiert werden und was die ohnehin schwierigen Friedensbemühungen mit Israel weiter erschwert, und zum Dritten geht es um die Stabilität sowie um die mittel- und langfristige politische, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Perspektive des Libanon.

Dass der Iran, nicht zuletzt nach dem Sturz Saddam Husseins im Irak - und den bisher nicht erfolgreichen Versuchen, auf der Grundlage der Parlamentswahlen vom März 2010 eine Regierung im Irak zu bilden - zunehmend als eine ernst zu nehmende Regionalmacht bezeichnet werden muss, wird von vielen Beobachtern so gesehen, und ist eigentlich ernsthaft auch nicht mehr in Frage zu stellen (gerade deshalb ist der Westen ja so besorgt). Auch wenn eine Regierungsbildung im Irak noch in weiter Ferne zu liegen scheint, so hatte es in den letzten Wochen doch den Anschein, als dass es dem aktuellen irakische Premierminister Nouri Maliki und seiner 'State of Law' Allianz trotz der Tatsache, dass sie nicht als Sieger aus den Parlamentswahlen hervorgegangen ist, eher gelingen könnte eine Regierung unter Beteiligung der Schiiten um deren Führer Muqtada al-Sadr zu bilden (unter Einbeziehung der Kurden), als dem eigentlichen Wahlsieger bzw. dem Führer der Partei, die als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen vom 06. März 2010 hervorgegangen ist, dem früheren Premierminister Iyad Allawi und seiner Partei, dem 'Iraqiya National Movement'. Sollte es Maliki gelingen, eine Regierung unter Beteiligung der Schiiten zu bilden, so würde dies die Stellung des Iran in der Region ein weiteres Mal festigen, und das ohnehin nicht schwache Selbstbewusstsein des Iran weiter stärken.

Wie auch immer, der Westen wird aus Sicht des Berichterstatters nicht darum herumkommen, sowohl den Iran als auch Syrien als wichtige 'Player' in der Region anzuerkennen und entsprechend mit ihnen Gespräche führen zu müssen, da international Einvernehmen dahingehend besteht, dass eine militärische Auseinandersetzung mit dem Iran um jeden Preis vermieden werden muss. Dass das iranische Atomprogramm nicht nur im Westen, sondern vermutlich noch weit mehr bei vielen Staaten im Nahen und Mittleren Osten ein Unbehagen auslöst, ist Fakt. Nur schwer abzuschätzen ist darüber hinaus, bis zu welchem Punkt Israel bereit ist zuzulassen, dass in seiner unmittelbaren Nachbarschaft ein ihm feindlich gesinnter Staat weiter daran arbeitet, sich das Potential zum Bau von Atomwaffen anzueignen.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Ruprecht Polenz, hat im Rahmen seiner letzten Nahost-Reise mit dem syrischen Staatspräsidenten gesprochen und im Nachgang dafür geworben, Bashar al-Bassad zum Staatsbesuch nach

Berlin einzuladen. Er wird mit den Worten zitiert: 'Wir möchten das Land aus der Schmutzdecke holen, in die es sich unglücklich hineinmanövriert hat' (European Info Press - EIP vom 03. Oktober 2010 unter Bezug auf das Wochenmagazin 'Der Spiegel', Ausgabe vom 04. Oktober 2010). Dass dies jedoch nicht ohne entsprechendes Entgegenkommen Assads möglich sein dürfte, wurde nicht verschwiegen. Ein Einwirken Syriens auf die Hamas und die Hisbollah derart, dass diese sich Friedensgesprächen mit Israel nicht länger verschließen, wäre sicher ein Entgegenkommen, das neue Optionen in der verfahren erscheinenden Situation im Nahen Osten eröffnen könnte. Ob sich Syrien jedoch darauf einlässt bzw. einem Staatsbesuch in Deutschland soviel Bedeutung beimisst, dass es dafür sein Verhältnis mit dem Iran belastet, wird abzuwarten sein. Wirtschaftliche Hilfen für das angeschlagene Syrien könnten diesbezügliche Überlegungen des syrischen Staatspräsidenten vielleicht beflügeln, da Syrien zunehmend auf ausländische Hilfe angewiesen scheint.

Die Türkei, die sich im Nahen und Mittleren Osten zunehmend einen Namen als seriöser und kompetenter Partner und darüber hinaus auch als Mediator aufzubauen dabei ist, beschränkt sich in ihren Bemühungen nicht nur darauf, politisch aktiv zu werden. Es war ein türkisches Konsortium, das in Jordanien die Ausschreibung für das Disi-Wasserprojekt gewonnen hat und das dieses gerade dabei ist, umzusetzen (wenn auch mit zeitlichen Verzögerungen gegenüber der Planung, wobei sich beide Vertragsparteien gegenseitig für die Verzögerungen verantwortlich machen). Um nicht nur politisch sondern auch wirtschaftlich stärker Fuß zu fassen, hat die Türkei jetzt bekannt gegeben, Syrien Finanzmittel in Höhe von bis zu 247 Millionen US-Dollar, sowohl als zinsbegünstigte Darlehen als auch als Zuschüsse, zur Verfügung zu stellen. Das Geld soll dazu verwendet werden, dringend notwendige Investitionen in die syrische Wirtschaft vorzunehmen. Syrien leidet zunehmend, wie seine Nachbarländer, unter Wassermangel (wofür die Türkei ganz wesentlich mit verantwortlich ist) und auch das Stromnetz bzw. die Kapazitäten zur Stromerzeugung sind an die Grenze des Machbaren gestoßen. Der Wassermangel im Nordosten des Landes führt dazu, dass die einstige Kornkammer Syriens sich so nach und nach in eine Wüste zu verwandeln droht. Bis zu 2 Millionen Menschen könnten so ihre einzige Erwerbsmöglichkeit verlieren und sich in der Folge in die im Westen liegenden Städte bzw. an die Küste aufmachen, was dort zu neuen Problemen führen dürfte. Die Überlastung des Stromnetzes führt nicht nur zu stundenlangen Stromabschaltungen und zu zunehmender Verärgerung in der Bevölkerung, sie behindert vor allem auch die Wirtschaft. In diesen Bereichen wird Syrien in den kommenden Jahren massiv investieren müssen, wenn es den Bedürfnissen einer weiter stark wachsenden Bevölkerung nicht nur gerecht werden will, sondern darüber hinaus auch seine Wirtschaft entwickeln möchte (der Strombedarf nimmt jährlich um 6% zu und das vor dem Hintergrund, dass der Bedarf schon heute nicht gedeckt werden kann). Die Türkei und Syrien verbindet eine 800km lange Grenze, und obwohl die Türkei von der Bevölkerungszahl lediglich um den Faktor drei größer ist als Syrien, ist seine Wirtschaftsleistung um den Faktor zwölf größer. Auch Saudi-Arabien hat sich dazu bereit erklärt, Syrien mit 140 Millionen US-Dollar beim Ausbau seines Stromnetzes zu unterstützen.

Amman, den 18. Oktober 2010

Thomas Gebhard

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR: THOMAS GEBHARD, PROJEKTLLEITER JORDANIEN, LIBANON, SYRIEN
LAZARETTSTRASSE 33 - 80636 MÜNCHEN -
TEL.: +49 (0)89 1258-0 - FAX: +49 (0)89 1258-359
E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE - HOMEPAGE: WWW.HSS.DE

ERSTELLT AM: 29. JULI 2010